

Übersichten

Außenpolitik

*(1)

Pakistan und China: Zum Besuch von Ministerpräsidentin Benazir Bhutto

Vom 11. bis 13. Februar 1989 besuchte die im Dezember 1988 an die Spitze der pakistanischen Regierung gelangte Ministerpräsidentin Benazir Bhutto die VR China. Es war ihr erster Auslandsbesuch, mit dem sie gleichzeitig die besondere Bedeutung des chinesisch-pakistanischen Verhältnisses unterstreichen wollte. Benazir Bhutto führte in Beijing Gespräche mit ihrem Amtskollegen Li Peng, ferner mit dem KP-Generalsekretär Zhao Ziyang, mit Staatspräsident Yang Shangkun und dessen Amtsvorgänger Li Xiannian sowie - in Shanghai - mit Deng Xiaoping.

Frau Bhutto besuchte China zum zweitenmal. Zum erstenmal war sie 1972 zusammen mit einigen Geschwistern nach China geschickt worden. Sie hatten vorher im Westen studiert und sollten nun, nach Meinung ihres Vaters, auch eine andere Seite kennenlernen und sich mit Chinas Erfahrungen auseinandersetzen (XNA, 13.2.89).

Pakistan war für die chinesische Außenpolitik immer schon von besonderer Bedeutung - Beijings Pakistan-Politik hat sich stets spiegelbildlich zu seiner Indien-Politik verhalten. Solange China in den fünfziger Jahre noch eng mit Indien befreundet war, galt Pakistan als Feind. Je mehr sich jedoch die Grenzspannungen mit Indien Ende der fünfziger Jahre erhöhten, desto interessanter wurde Pakistan für die chinesische Außenpolitik. Als es gar zum chinesisch-indischen Grenzkrieg kam (1961/62), schloß China mit dem Nachbarn Pakistan einen Grenzvertrag ab (1961), stellte sich auch in der Kaschmir-Frage hinter Pakistan und leistete dem südwestlichen Nachbarn auch bei jeder militärischen Auseinandersetzung mit Indien wirtschaftlichen

und militärischen Beistand. Jahrelang stand Pakistan unter den Empfängern chinesischer Wirtschaftshilfe einsam an erster Stelle: China lieferte Kleinfabriken, baute Straßen, hat in Taxila eine Schwermaschinenproduktionsanlage eingerichtet, lieferte Flugzeuge und Panzer.

Jahrelang auch ließ sich in Südasien eine deutliche Frontenbildung ausmachen: Hier Pakistan und Bangladesch, unterstützt von China und den USA sowie den befreundeten Ländern Nepal und Sri Lanka, dort das in Südasien dominierende Indien, unterstützt von der Sowjetunion.

China, das über diese Frontenstellung alles andere als glücklich war, bemüht sich seit Jahren, Pakistan und Indien an den Verhandlungstisch zu bringen und eine Normalisierung zwischen den beiden Erzrivalen herbeizuführen. Sie sollten die im Simla-Abkommen von 1972 vereinbarten Konsultationen weiterführen, sich an die nach dem Krieg von 1971 in Kaschmir entstandene Kontrolllinie halten, sich für eine Selbständigkeit Afghanistans einsetzen und sollten sich außerdem mit den fünf anderen Ländern Südasiens (Bhutan, Malediven, Nepal, Sri Lanka und Bangladesch) zu einer Südasiatischen Gemeinschaft zusammenschließen: Ein solches Sieben-Länder-Bündnis in Südasien wäre nach der Überzeugung der chinesischen Führung die beste Garantie, Supermächtsrivalitäten zur Ausfüllung eines angeblichen "Vakuums" auszuschließen. Im übrigen wären sie gut beraten, auch gleich einen Nichtangriffspakt abzuschließen!

Nun, da es zwischen Pakistan und Indien zu einer gewissen Entspannung kommt und da sich auch - im Gefolge des Gandhi-Besuchs in China (Dezember 1988, dazu C.a. Januar 1989, Ü 7) - eine wohltuende Entspannung anbahnt, dürfte diese engagierte und lange Jahre einseitige Pakistan-Politik Chinas etwas nachlassen. Gleichwohl will die chinesische Führung ihr Sonderverhältnis zu Pakistan noch über

die nächsten Jahre fortführen; es könnte ja sein, daß sich die Beziehungen gegenüber Indien eines Tages wieder verschlechtern, so daß man dann erneut auf Pakistan als Gegenbalance zurückgreifen könnte. Pakistan als Trumpf in der Hinterhand!

Die Gespräche mit Li Peng sollten ursprünglich nur eine halbe Stunde dauern, zogen sich dann aber dreieinhalb Stunden hin. Hauptinhalt waren die Afghanistan- und die Kambodscha-Frage. Beide Seiten stimmten darin überein, daß alle ausländischen Truppen sich ebenso aus Kambodscha zurückziehen sollten, wie sie inzwischen aus Afghanistan zurückgenommen worden sind. Eine Einmischung von außen dürfe es nicht geben. Die Behauptungen der Kabuler Regierung, daß pakistanische Truppen entlang der afghanischen Grenzen aufmarschiert seien, wurden von Benazir Bhutto als Gerücht hingestellt. Pakistan habe mit seinen eigenen inneren Problemen genug zu schaffen und wolle sich nicht auch noch das Afghanistan-Problem aufhalsen, das ja sogar eine Supermacht wie die Sowjetunion nicht habe in den Griff bekommen können.

Nach Ansicht Benazir Bhuttos sollten Pakistan und China besonders in den Bereichen Landwirtschaft und Industrie zusammenarbeiten. Beide Staaten befänden sich mitten im Reformprozeß und könnten voneinander lernen.

Herzstück der pakistanischen Außenpolitik sei es immer schon gewesen, die territoriale Integrität und Souveränität Pakistans zu wahren. In diesem Bemühen sei das Land stets von China unterstützt worden.

Mit Indien gebe es zwar nach wie vor Probleme, vor allem die Kaschmir-Frage, doch habe man jüngst auch ermutigende Anzeichen feststellen können, z.B. die Entwicklung des Südasiatischen-Bündnisses SAARC, in dessen Rahmenwerk sie auch bereits mit Ministerpräsident Rajiv Gandhi habe zusammentreffen können. Dabei sei es zur Unterzeichnung von drei Vereinbarungen gekommen, die eine Entspannung ermöglichten (XNA, 13.2.89).

Einen einseitigen Waffenabbau könne sich Pakistan, das bereits in drei bewaffnete Konflikte mit seinem Nachbarn Indien verwickelt worden sei, nicht leisten; doch sei man in Islamabad bereit, jeden nur möglichen Weg

zum Abbau der Spannungen zu beschreiten. Auch akzeptiere man gern, sobald es möglich sei, eine atomwaffenfreie Zone, der u.a. Pakistan angehören solle (Interview mit Benazir Bhutto in BRu, 1989, Nr.7 und 8, S.13 ff.).

Während ihr Vorgänger Zia ul-Haq eher die fundamentalistischen Gruppierungen in Afghanistan unterstützen wollte, will Benazir Bhutto kein einseitiges Engagement Pakistans. Die neue Regierung wolle sich auf keinen Fall in den internen Streit der Mujaheddin-Gruppen einmischen. Vielmehr befürworte sie eine afghanische Regierung auf breiter Basis. Da das Militär, das über seine ISI (Interservices Intelligence) die Logistik für die afghanischen Mujaheddin organisiert, nach wie vor die Fundamentalisten favorisiert, könnte es hier zu einem innenpolitischen Konflikt zwischen Armee und der neuen Ministerpräsidentin kommen. Frau Bhutto scheint dies aber in Kauf zu nehmen - zumindest gab sie in Beijing entsprechende Versicherungen ab.

Eine Frage, die höchstwahrscheinlich besprochen, aber in der Öffentlichkeit nicht ventiliert wurde, ist die "islamische Atombombe", die in Pakistan angeblich entwickelt wird und bei der China Entwicklungshilfe geleistet haben soll. Seit Jahren heißt es zu diesem Thema sowohl in Beijing als auch in Islamabad, daß die pakistanische Regierung ausschließlich an einer friedlichen Nutzung der Kernenergie interessiert sei. Doch niemand glaubt solchen Versicherungen: weder die beiden Supermächte noch Indien. Die Amerikaner haben sogar schon eine Zeitlang überlegt, ob sie nicht die Hilfgelder für Pakistan streichen sollten, solange Pakistan nicht auf den Erwerb von Kernwaffen ausdrücklich verzichten wolle. Auch die andere Supermacht, die UdSSR, wünscht keine Atomwaffenmacht Pakistan.

Das Mißtrauen hinsichtlich der atomaren Pläne Pakistans war erst jüngst wieder aufgeflammt, als das Land Anfang Februar zwei neu entwickelte Raketen testete, die eine Reichweite von 300 bzw. 80 km haben und die auch mit Atomwaffen bestückt werden kön-

nen (The Working People's Daily, Rangoon, 8.2.89). Vermutlich wurden diese Raketen mit Hilfe Chinas entwickelt oder dort vielleicht sogar gebaut.

Beim Zusammentreffen mit ZK-Generalsekretär Zhao Ziyang kam es zu der Vereinbarung, daß zwischen der KPCh und der von Zulfikar Ali Bhutto gegründeten "Pakistanischen Volkspartei" (PVP) formelle Beziehungen errichtet werden sollen (XNA, 12.2.89).

Zhao Ziyang hatte noch im Juni 1987 in seiner Eigenschaft als Ministerpräsident die Islamische Republik Pakistan besucht und war dort mit Benazir Bhuttos Vorgänger, Zia ul-Haq, zusammengetroffen.

In Shanghai begrüßte Deng Xiaoping die "jüngste Ministerpräsidentin der Welt", gab ihr, wie *Le Monde* bemerkt, wohlwollend "patriarchalische" Ratschläge (*Le Monde*, 15.2.89) und wies auf seine lange Bekanntschaft mit der Familie Bhutto hin. Der frühere Ministerpräsident Zulfikar Ali Bhutto, der von seinem Nachfolger Zia ul-Haq hingerichtet wurde, sei ein "Freund des verstorbenen Vorsitzenden Mao Zedong" gewesen, und die Eltern Frau Bhuttos hätten besonders enge Freundschaftsbeziehungen zum früheren Ministerpräsidenten Zhou Enlai unterhalten.

Er, Deng, begrüße es ganz besonders, daß Frau Bhutto gegen die anderen pakistanischen Parteien keine Rache üben wolle, da ja verschiedene politische Parteien Pakistans "Freunde Chinas" seien. Die pakistanischen Kräfte sollten vereint und nicht wegen Sünden der Vergangenheit entzweit werden (TKP, 16.2.89).

Der Besuch Benazir Bhuttos bekam am Schluß fast den Charakter eines Familientreffens, kam sie doch nicht nur mit Deng Xiaoping zusammen, sondern auch mit der Ehefrau des verstorbenen Zhou Enlai, Deng Yingzhao (XNA, 12.2.89), sowie mit einer Reihe anderer älterer Politiker, die mit ihrem Vater Kontakt hatten.

Zum Abschluß des Staatsbesuchs wurden zwei Abkommen unterzeichnet, und zwar ein Investitionsschutzabkommen und die Verlängerung des Handelsprotokolls bis 1990. -we-

Innenpolitik

*(2)

Zhao Ziyang in politischen Schwierigkeiten?

Im Februar 1989 berichteten die Zeitung *Financial Times* und die Hongkonger Zeitschrift *Zhengming*, daß ZK-Generalsekretär Zhao Ziyang unter starken politischen Druck von seiten konservativer und orthodox marxistisch-leninistischer Kreise innerhalb der Führung geraten sein soll. Am Ende einer Serie von Vorwürfen und Kritiken seit dem Sommer 1988 habe schließlich kürzlich die Forderung der beiden Führer der zentralen Industrie- und Planungsbürokratie Li Peng und Yao Yilin gestanden, Zhao Ziyang von seinem Amt als ZK-Generalsekretär abzulösen. Diese Forderung sei von Li und Yao gegenüber Deng Xiaoping in einem vertraulichen Gespräch erhoben worden. Als Nachfolgekandidaten seien Li Peng und Sicherheitschef Qiao Shi vorgeschlagen worden, doch Deng habe beide abgelehnt: Li könne nicht sowohl Ministerpräsident als auch ZK-Generalsekretär sein, und Qiao Shi mangle es an Statur für das Amt an der Spitze der Partei. Die beiden informellen Führer der Gegner von weitreichenden marktwirtschaftlichen Reformen, Chen Yun und Bo Yibo sollen hinter der Forderung nach der Ablösung von Zhao Ziyang als ZK-Generalsekretär stehen. So scheint es, daß Zhaos Verbleiben an der Spitze der Partei gegenwärtig allein von Deng Xiaoping abhängt. (FT, 20. u. 23.2.89; *Zhengming*, März 1989, S. 6ff.) -sch-

*(3)

Deng Xiaoping verteidigt Reformen: "Es gibt kein Zurück"

Auf einer Konferenz in Hainan am 21. Februar 1989 gab der dortige stark reformorientierte Gouverneur Liang Xiang Äußerungen von Deng Xiaoping bekannt, die ihm von ZK-Generalsekretär Zhao Ziyang übermittelt worden waren. Demnach hat der Architekt des nachmaoistischen Reformkurses erklärt, daß die politische Linie seit Dezember 1978 korrekt gewesen sei. "Wir haben keine großen Fehler in den vergangenen zehn Jahren gemacht", betonte Deng Xiaoping, "und kleine Fehler sind schlecht zu vermeiden".